

Repräsentative Demokratie ohne Parteien – wie wäre das möglich?

I. Sachzwänge führen zu Parteien, diese werden aber zur Zwangsjacke

Die repräsentative Demokratie ist wohl die einzige Grundform einer Demokratie, die in der Massengesellschaft praktisch denkbar ist. Die Komplexität der erforderlichen Entscheidungen lässt eine andere Gestaltung kaum zu, wenn auch eine direkte Komponente in der Form von gelegentlichen Volksentscheiden nach Schweizer Vorbild auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen mag. Nichtsdestoweniger stecken unsere Demokratien einhellig seit längerem und überall in der Krise, ihre Glaubwürdigkeit ist angegriffen, und unabhängig von der Person werden ihre Vertreter eher geduldet als respektiert. Das Malheur hat aber womöglich eine andere Wurzel und Heilung als gemeinhin gedacht. Denn wir verbinden mit der repräsentativen Demokratie immer gleich die Vorherrschaft der politischen Parteien, seien es wenige oder viele. Und genau hier setzt die konstruktive Kritik dieser Ausführungen an. Die allseits beschworene und beklagte Verdrossenheit hat demnach ihre Ursache nicht darin, dass die Parteien, die wir gerade haben, besonders schlimm wären und wir andere – natürlich

dann bessere – Parteien nötig hätten, sondern darin, dass unsere Demokratien überhaupt in der Zwangsjacke der Parteien stecken.

Diese müssen nämlich Programme und Standpunkte zu verschiedenen Bereichen bündeln, um dann für sie als Paket zu werben. Auf die Zusammensetzung des Pakets hat man sogar als Parteimitglied wenig Einfluss und als Normalbürger erst recht keine Handhabe. Wer z. B. die Verkehrspolitik einer Partei unterstützen will, muss deren Bildungspolitik in Kauf nehmen; wer deren Verteidigungsstrategie befürwortet, muss – wenn auch nur indirekt – deren Führungsgremium mitwählen.

Es gibt solide systemimmanente Gründe dafür, dass die Parteien entstanden sind und fortbestehen. Das Kernproblem liegt in der Summierung der Meinungen bzw. Standpunkte sowie in einer erforderlichen Enge der Kandidatenauswahl. Nicht nur gibt es viele Meinungen zu jedem Thema: Die Anzahl der Kombinationen dieser Meinungen ist um ein Vielfaches größer. Hinzu kommt, dass die Stellungnahmen zu verschiedenen Themen miteinander verträglich sein müssen.

Insoweit hätte es den Anschein, als ob es zu einem System mit politischen Parteien keine Alternative gibt.

Dieses Kerndilemma wiederholt sich, wenn sich unser Augenmerk nicht länger auf die politischen Stellungnahmen zu verschiedenen Themen richtet, sondern auch auf die Bestimmung der Vertreter. Die Wählerstimmen müssen sich auf einige wenige Kandidaten konzentrieren, wie unzulänglich diese auch sein mögen, denn da, wo man sich über einen unter zehn noch einigen kann, gelingt dies unter tausend kaum noch. Oder es wird weitestgehend nach Bekanntheitsgrad – also Medienwirksamkeit – gewählt.

Ein Parlament, in dem die Vertreter sich mit angemessener Regelmäßigkeit zu Wort melden sollen, kann ferner eine bestimmte Größe nicht übersteigen. Bei fünfhundert Vertretern ist ein solches Parlament gerade noch praktikierbar, bei fünftausend nicht mehr.

Durch die Herausbildung einiger weniger politischer Parteien wird es ermöglicht, sowohl die Anzahl der Kandidaten und anschließend die der Vertreter übersichtlich zu halten, als auch in der öffentlichen Debatte die Auswahl der abzustimmenden Standpunkte praxisnah zu begrenzen.

Damit ergeben sich mit der Zeit aber die bekannten Ausartungen. Zum Beispiel konzentriert sich die

Aufmerksamkeit auf die Person und die persönliche Ausstrahlung eines jeden möglichen Kandidaten. Bereits der Kandidat für eine Wahlliste muss es möglichst vielen in seiner Partei recht gemacht haben und hat daher zu vielen Themen auf eine eindeutige Meinungsäußerung verzichtet. Am besten gar nicht erst eine Meinung herausbilden bzw. eine möglichst konventionelle oder populäre Position einnehmen. Ist er einmal an die Macht gekommen, weiß er deshalb allerdings zeitweise nicht, was er mit dieser Errungenschaft bewirken will.

Die charakterlichen Qualitäten, die eine sachliche Teilnahme an politischen Weichenstellungen ermöglichen, müssen ferner nicht – vielleicht können sie auch nicht – mit der Beharrlichkeit einhergehen, die einen Wahlsieg am Abschluss eines langwierigen Ausleseprozesses begünstigen. Nicht zuletzt durch die Art der Berichterstattung in den Medien wird die Aufmerksamkeit nicht etwa auf die sachliche Debatte und Fachkompetenz gelenkt, sondern auf die vermuteten Eitelkeiten und das Machtgebaren der Mitspieler.

Das Parteiensystem versetzt nicht nur den nachdenklichen Wähler in eine Zwangsjacke, sondern auch den integren, aufrichtigen Politiker – und ich will

ausdrücklich davon ausgehen, dass es solche rechts und links neben den Karrieristen und Profilsüchtigen gibt. Vor diesem Hintergrund entstehen Ungeduld und Ermüdung, und nachher der Rufmord an der Demokratie. Außerdem ein um sich greifender Zynismus.

II. Alternative *Strukturen des Konsenses*

Viele Gegner des etablierten politischen Systems befürworten den verstärkten Rückgriff auf Volksentscheide. Eine derartige Abkehr von der repräsentativen Demokratie mag kurzfristig eine Korrektur darstellen, würde aber – auf Dauer zumindest – bekannte Nachteile in sich bergen. Damit ist nicht gesagt, dass Volksabstimmungen keine sinnvolle Rolle zukommt, nur dass sie für die Tagespolitik zu kurz greifen.

Ansonsten mag man sich auf die Tradition der volksnahen Entscheidungsfindung besinnen. Dazu gehört nicht nur die politische Demokratie, sondern vor allem – insbesondere in der angelsächsischen Welt – die juristische Urteilsbildung durch Geschworenengerichte. Die Bürger werden nach Zufallsprinzip ausgewählt und verpflichtet, über Schuld oder Unschuld eines Angeklagten zu befinden. Nicht jeder kommt für die

Aufnahme in ein Geschworenengericht in Frage, und die Anzahl der Geschworenen ist begrenzt. (Die Eingrenzung und Begrenzung sind wesentlicher, als es zunächst erscheinen mag. So kann sich jedes Mitglied in einem kleinen Gremium sicher sein, dass seine Stimme zählt: Somit muss diese umso gewissenhafter überlegt sein.)

Wir mögen uns aber auch auf die Struktur des gesellschaftlichen Bereichs besinnen, dem wir unseren Wohlstand am stärksten schulden. Die technischen und theoretischen Erkenntnisse der Naturwissenschaften wurden und werden nicht durch demokratische Abstimmungen erklärt, aber auch nicht autoritär. Eine Voraussetzung für diese Erkenntnisse ist wohl eine Diskussionskultur, bei der aber nicht jeder gleichberechtigt ist. Die Strukturen der Wissensbildung sind auch nicht bzw. nicht vorwiegend formell: eine Kernkomponente ist die *peer review*, also die Begutachtung neuer Befunde durch andere Eingeweihte des entsprechenden Fachbereichs. Dabei sind nicht alle vom Fach, die mitentscheiden, sondern erst einmal einige wenige, die letztlich nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Später erst bildet sich langsam ein Konsens heraus und zwar unter denjenigen, die sich mit der Sache befassen. Es kann nicht jeder – und sei er

noch so schlau, fleißig und einflussreich – über jede Sache mitentscheiden.

Diese beiden Traditionen – das Geschworenengericht und die Wissenschaft – geben uns Anschauungsmaterial (mehr nicht!) – wie wir den politischen Entscheidungsprozess anders gestalten können. Damit sind die radikalen Lösungen, die ich nachher vorschlage, weniger neu oder befremdlich, als es zunächst erscheinen mag.

Die große Herausforderung für jegliche radikale Neugestaltung auf Gesellschaftsebene ist nicht so sehr ihr eigener Sinn oder Unsinn, sondern der Weg des Wandels. Denn die Trägheit von jedem real existierenden Unsinn bleibt in aller Regel überwältigend und erdrückend: jedenfalls bis hin zu der Krise, die alles kippen kann. Wenn mal eine kommt, unverhofft, wie im Jahre 1989 oder auch soeben um ein Haar bei den Zerrüttungen in der Finanzwelt, müssen Konzepte und Alternativen ausgearbeitet vorliegen.

Radikaler Wandel ist aber auch ohne Umsturz möglich: Er kann zwar nicht ganz langsam, mag aber immerhin gemessen im Schrittempo vorangehen. Dafür ist das nachstehende Konzept ebenfalls geeignet, denn es lassen

sich bestimmte Elemente in Teilbereichen umsetzen, ohne dass das ganze Kartenhaus wackelt. Es sind zudem Szenarien denkbar, in denen von engagierten Bürgern Schatteninstitutionen errichtet und gepflegt werden, die die Praxis des *Establishment* in Frage stellen und die Praktikierbarkeit von Alternativen unter Beweis stellen.

III. Strukturelle Voraussetzungen: Fachparlamente und Einführung eines qualifizierten Zufallselements in der Vertreterbestimmung

Damit sind die zwei Schlüsselkonzepte benannt. Es handelt sich wohlgerne um unabhängige Konzepte – es ließe sich jedes ohne das andere realisieren. Zusammen aber dürften sie den entscheidenden Schritt weg von unserer derzeitigen Diskussions- und Medienkultur zeigen, die sich schon für den Inbegriff der Demokratie hält, hin zu einer durchwachsenen demokratischen Kultur, in der die Stimmen der engagierten und nachdenklichen Bürger tatsächlich zur Geltung kommen.

Es ist nicht erforderlich noch ist es wünschenswert, für sämtliche Entscheidungskonflikte von vornherein ein Verfahren oder eine Entscheidungshierarchie festzulegen. Das wäre auch nicht im Sinne einer offenen Gesellschaft. Natürlich muss aber wohl für die meisten

Entscheidungskonflikte ein Verfahren festgelegt werden, wie doch ausreichender Konsens absehbar zu erreichen ist.

Diese Ansätze sind jeweils *ad hoc*: Sie sind nicht für die Ewigkeit gedacht, aber für ein paar Generationen. Jedes System – und sei es noch so solide und durchdacht – nutzt sich mit der Zeit ab. Die Schlaunen und die Opportunisten finden nach und nach heraus, wie es rechtlich untergraben oder umgangen werden kann, und in aller Regel dulden die braven Gesetzestreuen diesen Missbrauch ewig lange. So sind wir auch da gelandet, wo wir uns gegenwärtig befinden.

Man kann nie von vornherein mit Sicherheit wissen, wie ein System in der Praxis umgesetzt wird. Es kann sich günstiger als gedacht oder aber als reparaturanfällig erweisen. Trotzdem muss man auf etliche Eventualitäten bedacht sein: Bloß sollte man sich davor hüten, sämtliche Dilemmas vor ihrer Zeit im Detail lösen zu wollen.

Noch ein Grundsatz: das System darf nicht so kompliziert sein, dass seine Grundzüge vor vielen Bürgern verborgen bleiben. Es gilt das Gebot der

Übersichtlichkeit, zumindest die groben Züge müssen für jeden halbwegs Gebildeten nachvollziehbar sein.

Über Feineinstellungen lässt sich lange debattieren, und später finden sich zur Korrektur der beiden Konzepte ausreichend junge Verfassungsjuristen, Politikwissenschaftler und – mit etwas Glück – besonnene Bürger aus anderen Sparten. Hier geht es vorerst um den Abschied aus den Verkrustungen des Parteiensystems und den Sprung in eine andere Art demokratischen Denkens.

IV. Fachparlamente (bereichsspezifische Räte)

Das Konzept sieht die Errichtung von getrennten Fachparlamenten vor, die sich mit vorgegebenen Themenbereichen befassen und mit einfacher Mehrheit entsprechende Gesetzesentwürfe verabschieden. Es könnten nach und nach Fachparlamente für die folgenden Bereiche entstehen:

- Verkehrswesen
- Energiewirtschaft
- Bildungswesen
- Gesundheitswesen
- Steuererhebung (d. h. nicht die Ausgabenpolitik, sondern lediglich die Gestaltung und Höhe der verschiedenen Steuerarten)

- Ethische Fragen (z. B. Dilemmas um den Beginn und das Ende des Lebens, Schutz und Abgrenzung des Privatbereichs, und Fragen der Selbstbestimmung, Rede- und Informationsfreiheit)

Ist einmal ein Gesetzesentwurf von dem zuständigen Fachparlament verabschiedet worden, muss er von anderen eventuell betroffenen Fachparlamenten geprüft und von einem Universalparlament gebilligt werden. Das Universalparlament könnte den Beschluss des initiiierenden Fachparlaments (beispielsweise mit Zweidrittelmehrheit) auch kippen. Somit ist mindestens eine Kontrollinstanz vorhanden, wie derzeit bei einer zweiten Kammer.

Natürlich könnte man daneben für weittragende Konflikte, bei denen sich sonst kein Konsens abzeichnet, als letzte Instanz noch immer Volksbefragungen durchführen.

Es wäre möglich, ein solches System in Etappen einzuführen. So könnte der Beginn darin bestehen, ein demokratisch gewähltes Fachparlament für ethische Fragen zu errichten. Und sollten die Verfassungsjuristen oder die Politiker der Stunde sich dagegen sträuben, so wäre bescheiden denkbar, ein Schatten-Fachparlament

ohne staatsrechtlich anerkannte Wahlen, dafür aber mit moralischer Autorität zu errichten. Zu einem solchen Schritt könnte man vermutlich die Kirchen und ähnliche Institutionen zur Mitwirkung gewinnen. Dafür muss man kein Freund der Religion sein, nur ein Freund der demokratischen Willensbildung.

V. Auch ohne Parteien

Bei der Vorstellung der Fachparlamente wurde die Rolle der Parteien vorerst ausgeklammert. Man kann sich denken, dass sich die alteingesessenen Parteien wie gewohnt auch für diese Mandate bewerben, wie es bereits bei den Länder- und Kreisvertretungen geschieht. Man könnte sich ebenfalls vorstellen, dass sich neue, dann bereichsspezifische Parteien gründen und durchsetzen mit jeweils unterschiedlichen Linien: im Falle des Verkehrsparlaments etwa Parteien mit ausgeprägten Positionen zum öffentlichen Nahverkehr, zum Radfahren, zu Geschwindigkeitsbegrenzungen, usw.

Radikal anders wäre aber denkbar, die Parteien überhaupt auszuschließen, sowohl die alten wie auch jegliche Neubildung. Verfassungsrechtlich könnte man diesen Schritt mit der Auslegung begründen, es handele sich um Verschwörungen gegen die Demokratie, denn

sie wirken regelmäßig und faktisch gegen – und nicht für – die politische Willensbildung des Volkes (GG § 21). In der Wirtschaft wird aus wettbewerbsrechtlicher Sicht gerügt, wenn einige wenige Großakteure das Geschehen bestimmen. Und haben wir es vor dem Hintergrund der Vorherrschaft von wenigen Parteien doch nicht eher mit kartellähnlichen Umständen zu tun? Ein Blick auf die im Bundestag vertretenen Berufe – mit übermäßig vielen Juristen und Beamten – zeigt ebenfalls eine Verzerrung auf, die bedenklich stimmt. (Vor diesem Hintergrund ist es ja kein Wunder, dass die Bürokratie überhand nimmt.)

Die Parteigenossen sind darüber hinaus womöglich charakterlich anders beschaffen als die Einzelgänger, und vielleicht braucht die anbrechende Zeit eher diese als jene. Wie dem auch sei, bestanden Sinn und Zweck der Parteien bisher in der Notwendigkeit der Aggregation (Summierung, Zusammenführung) der Positionen, um übersichtliche Wahlen erst zu ermöglichen. Wenn aber die Vertretung der vielen verschiedenen Meinungen anders erreicht werden könnte, so würden die Parteien an Daseinsberechtigung einbüßen, diese vielleicht sogar ganz verlieren.

Wie wäre aber eine derartige Vertretung erreichbar?

Besinnen wir uns auf das Prinzip des Geschworenengerichts. Hier werden die „Volksvertreter“ – denn die Geschworenen vertreten in den angelsächsischen Ländern letztlich das Volk oder zumindest das Bürgertum – am Ende eines Ausleseprozesses durch Zufall bestimmt.

Die Geschworenen werden wohlgemerkt durch Zufall, aber nicht ganz beliebig bestimmt: Der in Frage kommende Personenkreis muss gewisse Kriterien erfüllen. Erst dann läuft der Auswahlprozess nach dem Prinzip des Zufalls ab. Man bewirbt sich nicht.

Im Berufsleben und darüber hinaus kennen wir das Prinzip, dass der beste Kandidat das Rennen machen soll. Sehr schön. Wenn nur der Beste immer eindeutig zu bestimmen wäre. Das dürfte weniger oft vorkommen, als landläufig oder betriebswirtschaftlich gedacht wird. Wer keine Lebenserfahrung – etwa am Arbeitsplatz – gesammelt hat, mag sich um Beweise an die Fachliteratur und die Tagespresse wenden.

Über die Zukunft können wir Vermutungen anstellen, und diese berechtigten Vermutungen laufen manchmal ins Leere. Sind einmal bestimmte Kriterien erfüllt, z.B. von einem Kandidaten für eine schwierige, komplexe

Aufgabe, so ist ein weiteres Wetten um den noch besseren – den allerbesten – Kandidaten meist vergeblich. Wenn nicht ein Herausragender unter den Mitstreitenden steht, so schlägt der Versuch, eine Rangordnung einzurichten, in der Sache meist fehl. Das gilt auch für Parteienlisten.

Die Zufallsbestimmung hat nicht nur den Vorteil, falsche Rangordnungen zu untergraben: Sie rückt zudem die Eitelkeit zurecht. Wer sich bewusst ist, dass er seine Förderung zu einem großen Teil dem Zufall und dem Glück – aber nicht etwa seinen einmaligen Talenten – zu verdanken hat, kann sich weniger brüsten. Und ausgerechnet unter den Folgen der Überheblichkeit leiden wir überall in unserer meist künstlich oder zumindest übertrieben hierarchisierten Welt. Von Ausnahmen abgesehen greift die Arroganz nicht nur in der Managerklasse um sich, sondern auch oder ausgerechnet unter den Politikern.

Diese Überlegungen gehen so weit, dass das Bestehen einer bewussten, offensichtlichen Zufallskomponente auch dann zu bevorzugen ist, wenn sie zahlenmäßig nicht erforderlich wäre. Die Zahlen spielen aber auch mit. Die Anzahl der Geschworenen wird künstlich auf wenige (z.B. zwölf) beschränkt, nicht nur weil es

unpraktisch wäre, die ganze Gemeinde einzuberufen, sondern auch damit jedes Mitglied sich seiner persönlichen Verantwortung (Mitwirkung, Einflussnahme) bewusst ist.

VI. *Die Bildung einer Politischen Klasse*

Wir brauchen, wir bräuchten – so das vielleicht überraschende Plädoyer hier – wenn schon keine Parteien, dann doch eine formelle politische Klasse. Diese haben wir so zurzeit nicht, wenn wir auch eine Klasse der politisch Einflussreichen und Prominenten kennen. Das würde folgendermaßen aussehen.

Erste Runde

Jeder darf sich normalerweise zur Wahl stellen, braucht aber vorab eine bestimmte Anzahl an Unterstützern (Mitzeichner, Befürworter). So ist es hier und jetzt und sonst überall, wo freie Wahlen stattfinden. Die Zahl und Qualifikation der Befürworter variiert, und sie wären ebenfalls bei dem vorliegenden Konzept näher und überlegt festzulegen. Diese Hürde dürfte nicht zu niedrig liegen.

Trotzdem – da es keinen Ausleseprozess durch die Parteien mehr gäbe – kämen recht viele Kandidaten zusammen. In einem großen Land wie Deutschland

bietet es sich an, die Wahllisten einzugrenzen, indem noch geographisch – z. B. nach Bundesland – sortiert wird. Stellen wir es uns so vor, dass es in einem Bundesland (oder sonst in einer größeren Wahlregion) zwei- oder dreihundert Kandidaten geben soll. Das wäre rechnerisch realistisch, wenn z.B. jeder Kandidat vorher tausend Unterschriften sammeln müsste; allzu viele Unterschriftswillige gäbe es nicht, vorausgesetzt, dass die Mitzeichner ihre Unterstützung nur sehr begrenzt verteilen dürfen.

Man würde die Bevölkerung der Wahlregionen und die Anzahl der Unterschriften, die ein Bürger vergeben darf, so eingrenzen, dass die Wahllisten nicht zu lang werden. Lang werden sie trotzdem, umfassen aber nicht mehr als zwei- oder dreihundert Kandidaten. (Alle Zahlen sind hier allerdings nur als mögliche Größen zur Veranschaulichung gedacht, für die Praxis müssten sie überprüft und angepasst werden.)

Parteien und Parteiprogramme sind verboten, und daher macht jeder seine Kampagne wie er will, aber vermutlich viel über das Internet. Die Finanzierung wird streng kontrolliert. Offene Zusammenarbeit wird nicht geduldet, denn diese liefe auf eine Parteienbildung

hinaus. Geheime Abmachungen sind verpönt und rechtlich ungültig.

Da es so viele Kandidaten gibt und keine Parteienlisten mehr, hat der Wähler jeweils z. B. drei oder fünf oder sieben Stimmen. (Elektronisch kriegen wir alles hin.)

Die erfolgreichsten knapp hundert Kandidaten treten bereits mit jeweils x tausend Stimmen in die Politische Klasse ein.

Es kommt natürlich, wie es kommen muss. Die bekanntesten Kandidaten erhalten x tausend plus viele tausende Stimmen mehr. Mehr als sie brauchen können. Dafür verfehlen andere Kandidaten die Mindestmenge.

Zweite Runde

Die Kandidaten mit Überschussstimmen dürfen diese öffentlich auf weniger erfolgreiche Kandidaten verteilen. Am Ende dieses Prozesses steht fest, wer in die Politische Klasse Eintritt erhält, und wer nicht.

Dritte Runde

Es ist zwar sehr schön, endlich der Politischen Klasse anzugehören, aber damit hat man noch lange kein Mandat und kein Amt, auch nicht, wenn man riesig viele

Stimmen gewonnen hat. Weniger als ein Drittel der Politischen Klasse hat das Glück, ein Mandat per Los tatsächlich zugeteilt zu bekommen.

Vierte Runde

Das neu bestimmte Parlament muss nun eine Regierung wählen sowie etliche sonstige Ämter vergeben. Als Anwärter kommen nur Mitglieder der Politischen Klasse in Frage. Unvermeidlich wird nach wie vor die eine oder andere Gefälligkeit stillschweigend belohnt, aber das geschieht etwas anders als jetzt, denn der Zufall hat mitgespielt und spielt auch bei den nächsten Wahlen mit. Er macht dem Kalkül und Kuhhandel einen Strich durch die Rechnung. Feste Versprechungen den Verbündeten gegenüber können beim besten, beim schlimmsten Willen kaum eingehalten werden.

VII. Die Entfaltung einer demokratischen Kultur

Die Bandbreite der Menschen, die sich politisch engagieren können und wollen, wäre enorm ausgeweitet. Man müsste nicht mehr – man dürfte sogar nicht mehr – Parteigänger sein, um in die Politik zu gehen. Stattdessen könnte man allein mit seinen fachlichen und charakterlichen Eigenschaften und einer eigenen politischen Linie gewissermaßen den eigenen Wahlkreis aussuchen. Denn der Begriff des Wahlkreises würde sich

wandeln, da die Wählerschaft eines Mandatsinhabers nicht mehr stark geographisch vorgegeben wäre. Es könnte zum Beispiel das eine Mitglied der Politischen Klasse die Belange von Eltern mit vielen Kindern besonders vertreten, und ein anderes die Belange von Bürgern, die bewusst keine oder wenige Kinder in die Welt gesetzt haben. Somit könnten Debatten ausgetragen werden, die heute praktisch tabu sind. Die Menschen, die lange Arbeitszeiten und das dadurch ermöglichte Konsumverhalten bevorzugen, würden etwa von anderen Politikern vertreten werden als die Konsumverweigerer, die den Müßiggang schätzen. Insgesamt hätten Menschen, deren Lebenseinstellungen von denjenigen der Mehrheit abweichen, die Aussicht, Gehör zu finden. Die Demokratie müsste nicht länger auf die kulturelle Unterdrückung von Minderheiten durch den Geschmack (bzw. die Geschmacklosigkeit) einer trägen Mehrheit hinauslaufen. Neu aufkommende Ideen und Wertvorstellungen sowie kritische Einwände fänden schnell den Weg in die Entscheidungsprozesse anstatt – wie jetzt – ewig auf den Generationswechsel der Alteingesessenen warten zu müssen. Wir hätten nach und nach eine demokratische Kultur, die des Namens würdig wäre.

VIII. Einwendungen

„Viel zu kompliziert“

Nein, weniger kompliziert als die derzeitige Auslese, die die Parteien betreiben. Bloß finden die Abläufe der Parteien hinter verschlossenen Türen statt, und somit ist für den Außenstehenden alles recht „einfach“.

„Öffnet dem Missbrauch Tür und Tor.“

Es findet ein Lern- und Adaptionprozess statt. Den Missbrauch haben wir bereits im derzeitigen System. Wer schon jetzt potentiellen Missbrauch zu erkennen glaubt, soll diesen beschreiben. Dann können Korrekturen vorgenommen werden.

„Die meisten Bürger wären für dieses System zu faul, wenige würden wählen gehen.“

Wer sich nicht die Mühe geben will oder sonst alles zu kompliziert findet, der sollte ohnehin lieber nicht zur Wahl gehen. Auch jetzt nicht. Eine hohe Wählerbeteiligung ist eher das Wahrzeichen von Diktaturen. In einer freien und vielfältigen Gesellschaft muss nicht jeder eine politische Meinung haben. Lieber sollten die Menschen, die sich dazu berufen fühlen, sich engagieren, und zwar ohne dass ihnen durch schlecht informierte und populistische Launen ständig ein Strich durch die Rechnung gemacht wird.